

**N**ur wenige Personalentscheidungen erregen weltweit eine ähnliche Aufmerksamkeit wie die Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Dies aus gutem Grund, denn die Konzeptionen und Diskurse des Inhabers des höchsten Amtes der letzten verbliebenen Weltmacht, die nach wie vor die stärkste Militär- und Wirtschaftsmacht ist, haben vielerlei Konsequenzen für die Dynamik der internationalen Politik. Angesichts der weitreichenden Konsequenzen der US-Präsidentenwahlen für andere Weltregionen, bemerkte kürzlich ein lateinamerikanischer Kommentator, sei es eigentlich weder demokratisch noch gerecht, dass an dieser Wahl nur US-Bürger, nicht aber die von der US-Politik Betroffenen außerhalb der USA teilnehmen dürften.

Zwar können Personen Strukturtrends nur verkörpern und mehr oder minder stark beeinflussen, nicht aber sie umkehren oder sich über sie hinwegsetzen. Trotzdem wird gerade bei den Präsidentenwahlen des Jahres 2008 besonders intensiv über die Handlungsspielräume des nächsten Amtsinhabers und die Positionen der aussichtsreichen Kandidaten zu wichtigen internationalen Problemen diskutiert und spekuliert. Mit den anstehenden Wahlen endet nämlich nach acht Jahren nicht nur definitiv die Ära Bush, sondern es wird allenthalben ein Paradigmenwechsel in der auswärtigen Politik erwartet, erhofft oder ersehnt.

In ihrer Anfangsphase orientierte sich die Bush-Regierung an der Maxime, sich möglichst wenig in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, und im Wahlkampf hatte Bush gar »Demut« in der Außenpolitik als Kontrast zum Clinton'schen Interventionismus propagiert. Man solle nicht glauben, so damals der Kandidat, Militärinterventionen könnten eine Strategie ersetzen. Nach den Anschlägen des 11. September 2001 nahm die Bush-Regierung wesentliche Modifikationen an den Grundlinien der außenpolitischen Strategie vor, die in der Nationalen Sicherheitsstrategie von 2002 und 2006 kodifiziert wurden. Dort schrieben die Strategen der Administration die Reduzierung der Bedeutung dauerhafter Bündnisse und internationaler Institutionen für

die US-Außenpolitik fest, entwickelten den traditionellen Anspruch auf Präventivmaßnahmen zu einer neuen Doktrin des Präventivkrieges weiter und propagierten die Zwangsdemokratisierung als Lösung des Terrorismusproblems, insbesondere im Nahen Osten. Doch wurde bald deutlich, dass sich die Bush-Regierung im Irak übernommen und militärisch festgefahren hatte. Dass nach der Invasion im Irak weder Massenvernichtungswaffen noch Belege dafür gefunden wurden, dass das Saddam-Regime mit den Anschlägen des 11. September zu tun hatte, veranlasste wichtige Bündnispartner zur Distanzierung und kostete international aber auch im eigenen Land Legitimität. Nach diesen Misserfolgen rüdete die Administration in der Bündnis- und Multilateralismusfrage zurück und die Strategie der »Demokratisierung« wurde zum Kernelement der außenpolitischen Strategie erhoben.

In der vorliegenden Ausgabe von INTERNATIONALE POLITIK UND GESELLSCHAFT zeigt Daniel Drezner anhand von Umfragen, dass die Bush-Außenpolitik einschließlich der Demokratisierungsstrategie höchst unpopulär ist, und schließt daraus, dass mit einer Fortschreibung unter der nächsten Administration kaum zu rechnen ist. In der Tat stimmen die Kandidaten der Demokraten mit denen der Republikaner darin überein, dass die außenpolitische Strategie darauf abzielen solle, die Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren, multilaterale Problemlösungen zu priorisieren und die US-Kapazitäten für Einsätze zur Friedenssicherung und zum Aufbau von Institutionen in Krisenstaaten aufzustocken. Erhebliche Differenzen gibt es zwischen den Kandidaten allerdings hinsichtlich des Irak-Krieges und in Sachen »Krieg gegen den Terrorismus«. Was die transatlantischen Beziehungen angeht, ist zumindest eine deutliche Klimaverbesserung zu erwarten, die ein wichtiger Schritt zur Intensivierung der Kooperation sein könnte. Es gibt jedoch eine Reihe von Streitfragen wie das Problem der Agrarsubventionen, die Unterstützung Israels und die Sanktionen gegen Kuba, wo die transatlantischen Differenzen weiterbestehen werden, unabhängig davon ob ein Demokrat oder ein Republikaner ins Weiße Haus einzieht.

Bei einer transatlantischen Wiederannäherung wären auch die tiefreichenden Unterschiede in den Sicherheitsdiskursen abzuarbeiten, die Dirk Schmittchen und Holger Stritzel anhand der Rogue-State-Metapher aufzeigen. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts spielt diese Metapher im strategischen Diskurs der USA eine wichtige Rolle. In Deutschland ist die Perzeption der in den USA als *Rogue States* bezeichneten Länder jedoch markant anders. Die Stigmatisierung anderer Nationen trifft auf

Skepsis oder Ablehnung, denn mit der religiös begründeten Reduzierung der internationalen Akteure auf Gute und Böse können säkularisierte Europäer in der Regel wenig anfangen.

Dass die Tage eines militanten und klerikalen Neokonservatismus gezählt sein könnten, verdeutlicht in diesem Heft auch die Analyse von Stefan Laszlo, der die religionspolitischen Transformationen in den USA unter die Lupe nimmt. Seit einem Vierteljahrhundert gibt es in den Vereinigten Staaten ein festes Bündnis zwischen der Christlichen Rechten und der Republikanischen Partei. Doch neuerdings bemüht sich die Demokratische Partei, für religiös motivierte und insbesondere evangelikale Wähler attraktiver zu werden, und hat damit bereits (Wahl-)Erfolge erzielt. Die Annäherung wird nicht zuletzt dadurch erleichtert, dass die Demokraten bei Themen wie Armutsbekämpfung, Umweltschutz und Verteilungsgerechtigkeit den Positionen wichtiger Teile der evangelikalen Bewegung ohnehin näher stehen als die Republikaner. Es vollzieht sich aktuell eine Ausdifferenzierung der politischen Themen innerhalb der christlichen Rechte, die überdies derzeit über keinen politischen Führer verfügt, der in der Lage wäre die aktuelle Polarisierung aufrechtzuerhalten.

Komplementär zum Schwerpunktthema setzt sich Stephan Klecha mit den komplizierten Aushandlungsprozessen auseinander, auf denen die europäische Sozialpolitik basiert. Mary Martin diskutiert die Resultate der europäischen Militärmission im Kongo. Das politische Potenzial der Partei-Internationalen und Wege zu seiner Nutzung arbeitet Roger Hällhag heraus. Und Regina Bernhard und Christian Kellermann analysieren alternative Ansätze für den Umgang mit Verschuldungskrisen.